



EUROPAWAHL: EINIGE FRAGEN UND ANTWORTEN

von Dr. Holger Schmieding

Europa hat die Wahl. Vom 6. bis zum 9. Juni bestimmen die rund 350 Millionen wahlberechtigten Bürger der Europäischen Union die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments für die fünf Jahre danach. Deutschland wählt am 9. Juni, auch wenn viele Bürger bereits vorab per Briefwahl oder in ihren jeweiligen Wahlämtern ihre Stimme abgeben können. Umfragen deuten auf Stimmengewinne für rechtspopulistische oder sogar rechtsextreme Parteien hin. Könnte dies die Arbeit der Europäischen Union erheblich beeinträchtigen oder sogar lähmen? Was wären die Folgen für Europa und Deutschland? Könnte das Ergebnis den Ausblick für Wirtschaft und Finanzmärkte spürbar beeinflussen? In diesem Beitrag gehen wir im Frage- und Antwortformat auf einige wichtige Themen rund um die Europawahl ein.¹

Was ist das Europaparlament?

Das Parlament der Europäischen Union (EU) ist das einzige direkt gewählte zwischenstaatliche Parlament der Welt. Es ist so einzigartig wie die EU selbst. Die EU ist weder ein Bundesstaat wie die Vereinigten Staaten von Amerika oder die Bundesrepublik Deutschland noch ist sie ein bloßer Staatenbund wie die NATO.

Das Besondere zeigt sich auch in der Art, wie die Wähler die künftig insgesamt 720 Abgeordneten des Europaparlaments bestimmen. Die Wahlen sind unmittelbar, frei und geheim, aber nicht gleich. Denn wie viele Menschen ein Abgeordneter vertritt, unterscheidet sich von Land zu Land. Deutschland stellt mit seinen etwa 84 Millionen Einwohnern 96 Sitze im Europaparlament. Eine deutsche Abgeordnete repräsentiert also nahezu 850.000 Einwohner. Das sind etwa zehnmal mehr als in Malta, das bei gut einer halben Million Einwohner auf sechs Sitze kommt. Aber Malta ist eben genau wie Deutschland ein souveräner Staat. Dies wird bei der Zahl der Sitze berücksichtigt.

In diesem Punkt ähnelt das Europaparlament mehr dem deutschen Bundesrat als dem Bundestag. Im Bundesrat verfügt Nordrhein-Westfalen nur über doppelt so viele Stimmen wie Bremen, obwohl es 26-mal mehr Einwohner hat als der Stadtstaat an der Weser. So gesehen ist das Europaparlament also ein Zwischending zwischen einem normalen nationalen Parlament und einer Länderkammer.

Welche Aufgaben hat das Europaparlament?

Das Parlament, das aus historisch-politischen Gründen weiter abwechselnd in Straßburg und Brüssel tagt, entscheidet nicht direkt über die großen Fragen von Krieg und Frieden oder über die Höhe der Steuern, die Bürger und Unternehmen zahlen müssen. Aber es hat doch einen erheblichen Einfluss auf die praktische Politik in der Europäischen Union.

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, die vom Rat der Staats- und Regierungschefs vorgeschlagen wird, muss vom Europaparlament mit absoluter Mehrheit gewählt werden. Das Parlament kann auch die EU-Kommission insgesamt ablehnen. Es hat durchaus Fälle gegeben, in denen das Parlament einige Kandidaten für Posten in der EU-Kommission zu Fall gebracht hat.

Das Parlament kann zwar keine Steuern erheben. Es muss aber den Ausgabenplänen der Europäischen Union zustimmen. Das ist oftmals ein starker Hebel, um Einfluss auf die Politik zu nehmen.

Das Parlament hat sich zudem zu einer wichtigen Stimme für den Schutz der Rechtsstaatlichkeit in der EU entwickelt. In der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode hat es beispielsweise erheblichen Druck auf die EU-Kommission ausgeübt, Gelder für rechtspopulistische Regierungen in Polen und Ungarn zurückzuhalten. Polen ist mittlerweile unter

¹ Dieser Text beruht teilweise auf dem Berenberg Podcast „Schmiedings Blick“ vom 25. Mai 2024 zum Thema [Europawahl](#).

einer neuen Regierung wieder auf einen klar rechtsstaatlichen Kurs eingeschwenkt. Die EU zahlt deshalb Gelder für Polen wieder normal aus. Für Viktor Orbans Ungarn hält die EU dagegen immer noch 22 Milliarden Euro zurück.

Vor allem aber wirkt das Parlament entscheidend mit an den Rechtsakten der Europäischen Union, also beispielsweise daran, wie der gemeinsame Markt ausgestaltet ist. Das gilt auch für den Umwelt- und Verbraucherschutz sowie für internationale Wirtschaftsabkommen.

Merken die Bürger die Arbeit des Europaparlaments?

Eindeutig ja, auch wenn sie es oft nicht wissen. Denn gerade bei vielen praktischen Fragen des Alltags spielen die Entscheidungen des Europaparlaments eine große Rolle.

Um einige Beispiele zu nennen: Dass die EU die Roaming-Zuschläge für mobiles Telefonieren in Länder, die ebenfalls zur EU gehören, im Jahr 2017 abgeschafft hat, verdanken die Bürger auch dem Europaparlament. Welche Düngemittel zugelassen sind und welche Rechte Passagiere haben, wenn ihr Flug ausfällt, sowie welche Regulierungen Unternehmen beachten müssen, einschließlich der Mindestanforderungen an ihre Lieferketten, wird auch vom Europaparlament beeinflusst. Diese Liste ließe sich weiter verlängern. Gerade für das tägliche Klein-Klein der Verordnungen ist die Arbeit im Parlament wichtig.

Ist das Europaparlament also mit dafür verantwortlich, dass Bürger und Unternehmen über zu viele und nicht sachgerechte Regulierungen stöhnen?

In gewissem Umfang trifft das zu, ja. Der gemeinsame Markt ist zu sehr reguliert. Daran haben das Parlament ebenso wie die Kommission ihren Anteil. Oftmals sind es allerdings auch die Regierungen einzelner Mitgliedsstaaten, die sich ganz konkret für bestimmte Regulierungen einsetzen.

Aber zum Thema Überregulierung in der EU muss man auch drei Gesichtspunkte beachten:

Erstens sind für Unternehmen im Normalfall gemeinsame Regulierungen für den großen Markt aller Mitgliedsländer besser als unterschiedliche Regulierungen für die einzelnen Länder, an die sie sich dann jeweils vor Ort anpassen müssten. Eine gemeinsame Basis spart Kosten. Aus diesem Grund hat Großbritannien bisher nach seinem Austritt aus der EU seine angebliche neue Freiheit kaum für einen Abbau von Regulierungen genutzt.

Zweitens müssten sich in Deutschland manche Klagen eigentlich darauf beziehen, dass das Land mit bekannter Gründlichkeit und Liebe zum Detail beim Umsetzen europäischer Vorgaben in nationales Recht vielfach über das Ziel hinausschießt und damit alles noch komplizierter macht.

Und drittens: Wer weniger Regulierung möchte, sollte bei den Europawahlen ebenso wie bei nationalen Wahlen jene Kräfte stärken, die das vorantreiben. Ebenso wie sonst im Leben hilft das reine Meckern gar nichts.

Was waren die großen Themen der vergangenen fünf Jahre für die Europäische Union? Und hat das Europaparlament dabei eine nennenswerte Rolle gespielt?

Die Liste der Themen und der Krisen, auf die Europa reagieren musste, ist lang. Dazu gehörten insbesondere

- die Corona-Pandemie einschließlich des 750 Milliarden Euro schweren Wiederaufbauprogramms „Next Generation EU“,
- der klimapolitische „Green Deal“,
- Russlands brutaler Angriff auf die Ukraine,
- der Umgang mit einem immer aggressiver auftretenden China,
- das neue Verhältnis zu Großbritannien nach dem Brexit,
- das Eindämmen der illegalen Einwanderung, sowie
- der Umgang mit neuen Technologien wie der künstlichen Intelligenz.

Dazu kam die Frage, was die EU tun konnte und musste, um die Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn zu schützen.

Bei der ersten Reaktion auf die ganz großen Krisen, also auf die Pandemie und Russlands Krieg gegen die Ukraine, spielte das Parlament zunächst keine wichtige Rolle. Bei solchen Ereignissen schlägt zunächst einmal die Stunde der Exekutive. Die großen Entscheidungen fallen im Rat der Staats- und Regierungschefs.

Aber wenn es ums Geld ging, und das war dann oftmals schnell der Fall, auch beim Umgang mit Orbans Ungarn, oder wenn der Binnenmarkt berührt ist wie beim Thema der neuen Technologien, zeigte sich immer wieder schnell die Macht des EU-Parlaments.

Wie sind heute die Mehrheitsverhältnisse im Parlament?

Insgesamt ähnelt das Europaparlament in seiner Zusammensetzung dem, was wir aus Deutschland kennen. Auch im Europaparlament haben sich vier Blöcke gebildet, die man alles

in allem der erweiterten pro-europäischen politischen Mitte zurechnen kann. Es handelt sich um die Europäische Volkspartei, zu der die CDU/CSU gehört, sowie um die Sozialdemokraten, die Grünen und die Liberalen.

Aktuell unterscheidet sich das EU-Parlament aber von der Zusammensetzung des Bundestages in vier Punkten.

1) Im Europaparlament sind die Christdemokraten und ihre direkten Verbündeten in der EVP eindeutig die Nummer 1 vor den zweitplatzierten Sozialdemokraten.

2) Die Liberalen, zu denen die Partei des französischen Präsidenten Macron gehört, sind die Nummer 3 mit deutlichem Abstand vor den Grünen.

3) Am rechten Rand tummeln sich in Straßburg und Brüssel zwei und nicht nur eine rechtspopulistische oder sogar teils rechtsextreme Fraktion. Am linken Rand gibt es dagegen im Europaparlament wie bis vor kurzem in Deutschland nur eine solche Fraktion.

4) Knapp 10% der Abgeordneten im Europaparlament gehören keiner dieser sieben großen Fraktionen an.

Wie Europa insgesamt zeichnet sich das Europaparlament also durch seine große Vielfalt aus.

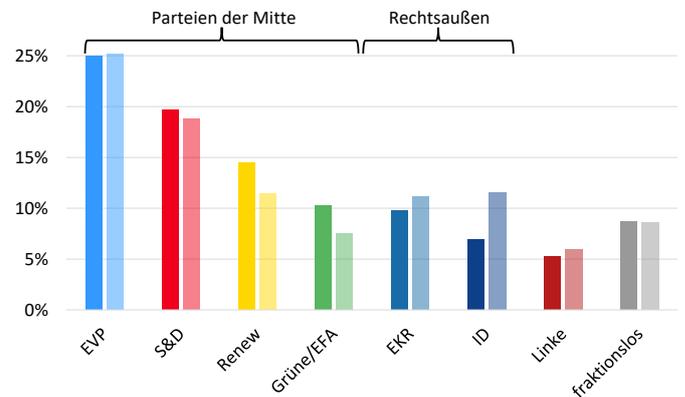
Was sagen die Umfragen? Wie könnten sich die Machtverhältnisse im Europäischen Parlament verschieben?

Zunächst zu Deutschland: Die Umfrageergebnisse zur Europawahl ähneln den Antworten auf die Sonntagsfrage, wenn jetzt ein neuer Bundestag gewählt würde. Die Union liegt vorne mit etwa 30%, SPD und Grüne stehen jeweils nahe bei 15%, die FDP schafft es nur auf knapp 5%, die AfD erreicht um die 17% und das Bündnis Sahra Wagenknecht kommt in den Umfragen auf rund 6%. Wobei mangels einer 5% Sperrklausel auch die Linkspartei und einige Kleinstparteien ein paar Mandate im Europaparlament erringen dürften.

Auf EU-Ebene liegt die EVP im Vergleich zur Wahl von 2019 nahezu unverändert vorne. Die Sozialdemokraten könnten demnach mit leichten Verlusten ihren zweiten Platz behaupten, die Liberalen verlieren vor allem in Frankreich und Spanien, während die Grünen mit erheblichen Verlusten rechnen müssen. Das auffälligste Ergebnis der Umfragen sind große Gewinne für die beiden Parteigruppen am

rechten Rand. Hatten sie nach dem Brexit zusammen knapp 140 von 705 Sitzen, könnten sie nach dieser Wahl auf etwa 175 von künftig 720 Sitzen zulegen.

Sitze im Europäischen Parlament - die Mitte bleibt vorn



Anteil der Sitze in %, aktuell (linke Säule) und gemäß der Euronews-Umfrage vom 3. Juni 2024 (rechte Säule). EVP: Europäischen Volkspartei; S&D: Allianz der Sozialdemokraten; Renew: Liberale; Grüne/EFA: Die Grünen/Europäische Freie Allianz; EKR: Europäische Konservative und Reformer; ID: Identität und Demokratie (noch inklusive AfD); Linke: Die Linke. Quellen: Wikipedia, Euronews, Berenberg.

Könnten große Gewinne für rechtspopulistische oder sogar rechtsextreme Parteien, die zumeist als euroskeptisch gelten, die Arbeit des Parlamentes beeinträchtigen oder sogar lähmen?

Es wird wohl schwieriger im neuen Parlament. Aber insgesamt werden die vier pro-europäischen Gruppen der erweiterten politischen Mitte, die in Deutschland als miteinander koalitionsfähig gelten, wohl weiter eine große Mehrheit der Sitze auf sich vereinen können, vermutlich etwa 460 von 720 Sitzen. Zudem ist die größte italienische Partei, die Fratelli d'Italia, zwar Teil der weniger radikalen Fraktion der beiden Rechtsausleger, also der EKR. Aber in ihrer Politik ist sie eindeutig pro-europäisch und kaum vom konservativen Flügel der EVP zu unterscheiden. Für viele Fragen – allerdings nicht für alle – könnte man Melonis Partei mittlerweile zu den Konservativen dazurechnen.

Einige Parteien haben Spitzenkandidaten für den Vorsitz der EU-Kommission aufgestellt. Für die EVP tritt die jetzige Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an. Wie stehen ihre Chancen auf eine zweite Amtszeit?

Die Chancen für von der Leyen stehen zwar recht gut. Aber der Ausgang ist dennoch offen. 2019 war sie nicht Spitzenkandidatin. Und trotzdem wurde sie zur allgemeinen Überraschung auf Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron doch Präsidentin der Kommission – wobei dann Macron als Ausgleich für eine Deutsche an der Spitze in Brüssel eine Französin, Christine Lagarde, als Präsidentin der Europäischen Zentralbank durchsetzen konnte.

Für eine zweite Amtszeit muss von der Leyen drei Hürden überwinden:

Erstens muss die EVP bei der Wahl die Nummer 1 bleiben, und zwar möglichst ohne dramatische Verluste. Dies gilt als wahrscheinlich aber auch nicht als ganz sicher.

Zweitens müssen die Staats- und Regierungschefs sie danach nominieren. Es gibt einige Hinweise, dass Macron über eine Alternative zu ihr nachdenkt.

Und drittens muss das Europaparlament sie wählen. Das war beim letzten Mal schon knapp. Diesmal könnte es trotz der möglichen Unterstützung durch Meloni angesichts der wahrscheinlichen Verluste für einige Parteien der Mitte noch knapper werden.

Ganz wichtig wäre, dass andere demokratische Parteien der politischen Mitte wie die Sozialdemokraten, Liberalen oder Grünen die EVP-Kandidatin von der Leyen nicht nur deshalb ablehnen, weil sie möglicherweise auch von Meloni unterstützt wird. Die EU muss handlungsfähig sein. Eine längere Hängepartie könnte gerade angesichts der großen geopolitischen Herausforderungen schädlich sein. Solange Melonis Partei die wesentlichen Kriterien voll erfüllt (pro-EU, pro-NATO, pro-Ukraine und für den Rechtsstaat), sollten die Parteien der politischen Mitte bereit sein, pragmatisch mit ihr zusammenzuarbeiten, gegebenenfalls auch bei der Wahl der Kommissionspräsidentin.

Was könnten die großen Themen für die nächste fünfjährige Legislaturperiode des Parlaments und die entsprechende Amtszeit der Europäischen Kommission sein?

Die Liste der Themen ist lang. Ganz oben steht die weitere Hilfe für die Ukraine. Dies würde noch akuter werden, wenn Donald Trump nach den US-Wahlen am 5. November ins Weiße Haus zurückkehren sollte. Die Wahrscheinlichkeit dafür liegt derzeit laut [electionbettingodds](#) bei 51%.

Der Kampf gegen den Klimawandel geht weiter. Die EU ist hier international Vorreiter. In diesem Bereich wird es immer wichtiger, pragmatische Lösungen zu finden, um den CO₂-Ausstoß auf möglichst kostengünstige Art zu senken. Das würde auch dazu beitragen, die angeschlagene internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken.

Für die künftige Dynamik der Wirtschaft bleibt es ganz wichtig, die Kapitalmarktunion rasch voranzubringen, um

beispielsweise mehr Wagniskapital für das Wachstum innovativer Unternehmen zu mobilisieren.

Zur Liste gehören auch der Umgang mit China sowie die Vorbereitungen auf eine mögliche Erweiterung der EU um die Ukraine, Moldawien und einige Länder des Balkans. Ob Georgien noch zu den Beitrittskandidaten gezählt werden kann, könnte sich nach der dortigen Parlamentswahl am 26. Oktober 2024 entscheiden.

Im Wahlkampf stehen oftmals nationale Themen im Vordergrund. Was sagt uns das über die Zustimmung der Bürger zur Europäischen Union? Und ist das wahrscheinliche Erstarken rechtspopulistischer Kräfte eine Art Votum dieser Wähler gegen die Europäische Union?

Diese Fragen lassen sich nur mit einem klaren Ja antworten. Einerseits werden euroskeptische Strömungen in vielen Mitgliedsländern der EU stärker. Andererseits werden einige dieser Parteien weniger radikal, wobei die deutsche AfD und die österreichische FPÖ hier die großen Ausnahmen sind. Insgesamt geht der Trend in der EU derzeit zu mehr Meloni statt Höcke. Seit dem Brexit will sogar Frankreichs Marine Le Pen nicht mehr die EU und den Euro verlassen. Le Pen hat jetzt zudem mit der AfD gebrochen. Dies bestätigt wieder einmal, dass gerade die Nationalisten der verschiedenen Länder Europas sich sehr schwer tun, in Europa wirkungsvoll zusammenzuarbeiten. Auch das schmälert ihren Einfluss auf die Politik.

Insgesamt lassen sich die wahrscheinlichen Zugewinne für populistische Parteien wohl eher als Ausdruck einer Politikverdrossenheit und als ein Protest gegen eine vermeintlich abgehobene Elite denn als klares Votum gegen die Europäische Union verstehen.

Was könnte das Ergebnis für die nationale Politik bei uns bedeuten? Könnten Verluste für die Regierungsparteien eine Signalwirkung entfalten und vielleicht sogar zum vorzeitigen Ende der Ampelkoalition führen?

Die praktische Bedeutung für die Bundespolitik dürfte gering bleiben. Die drohenden Verluste gerade für die SPD und die FDP sowie die Gewinne der Populisten werden zwar wohl für viele Schlagzeilen sorgen. Aber keine der drei Parteien der Ampelkoalition dürfte ein Interesse an vorgezogenen Neuwahlen haben. Deshalb bleibt es wahrscheinlich, dass die Koalition bis zur nächsten regulären Wahl im September 2025 stabil bleiben wird.

In den Wochen nach der Europawahl könnte es dennoch einigen politischen Lärm in Berlin geben. Denn bis zum 3. Juli will die Ampel den Entwurf zum Bundeshaushalt 2025 festzurren, um ihn noch vor der Sommerpause in den Bundestag einzubringen. Da es derzeit keine Mehrheit für eine Reform der Schuldenbremse gibt, werden sich dabei einige unpopuläre Sparbeschlüsse nicht vermeiden lassen. Das Ringen um diese Sparmaßnahmen dürfte nicht geräuschlos vonstatten gehen.

Letztlich werden wahrscheinlich die Landtagswahlen im September in Thüringen, Sachsen und Brandenburg, bei denen sich große Gewinne für die AfD und das Bündnis Sahra Wagenknecht abzeichnen, die politische Diskussion in Deutschland dann stärker prägen als das Ergebnis der – eigentlich wesentlich wichtigeren – Europawahl.

Könnte das Ergebnis der Europawahlen einen Einfluss auf Berenbergs Wirtschafts- und Finanzprognosen haben?

Nein. Ein direkter Einfluss auf Konjunktur und Wachstum sowie auf die Geld- und Fiskalpolitik zeichnet sich nicht ab. Deshalb werden wir nach der Europawahl unsere Prognosen für Wirtschaft und Finanzmärkte wahrscheinlich nicht ändern müssen, zumindest nicht unmittelbar. Aber wie Europa sich entwickelt, kann auf Dauer auch für Wirtschaft und Finanzmärkte von erheblicher Bedeutung sein.

**BERENBERG**

PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Makro-Team

Chefvolkswirt

Dr. Holger Schmieding | Chefvolkswirt
+44 7771 920377 | holger.schmieding@berenberg.de

London

Dr. Salomon Fiedler
+44 20 3753-3067 | salomon.fiedler@berenberg.com

Frankfurt

Dr. Felix Schmidt
+49 69 913090 1667 | felix.schmidt@berenberg.de

Themenseite Volkswirtschaft

<https://www.berenberg.de/volkswirtschaft/>

Berenberg Makro erscheint
zu folgenden Themen:

Geld & Währung
Konjunktur

► Trends

www.berenberg.de/publikationen

Wichtige Hinweise: Bei dieser Information handelt es sich um eine Marketingmitteilung. Bei diesem Dokument und bei Referenzen zu Emittenten, Finanzinstrumenten oder Finanzprodukten handelt es sich nicht um eine Anlagestrategieempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 34 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder um eine Anlageempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 35 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 jeweils in Verbindung mit § 85 Absatz 1 WpHG. Als Marketingmitteilung genügt diese Information nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen und unterliegt keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen. Diese Information soll Ihnen Gelegenheit geben, sich selbst ein Bild über eine Anlagemöglichkeit zu machen. Es ersetzt jedoch keine rechtliche, steuerliche oder individuelle finanzielle Beratung. Ihre Anlageziele sowie Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Wir weisen daher ausdrücklich darauf hin, dass diese Information keine individuelle Anlageberatung darstellt. Eventuell beschriebenen Produkte oder Wertpapiere sind möglicherweise nicht in allen Ländern oder nur bestimmten Anlegerkategorien zum Erwerb verfügbar. Diese Information darf nur im Rahmen des anwendbaren Rechts und insbesondere nicht an Staatsangehörige der USA oder dort wohnhafte Personen verteilt werden. Diese Information wurde weder durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch durch andere unabhängige Experten geprüft. Die in diesem Dokument enthaltenen Aussagen basieren entweder auf eigenen Quellen des Unternehmens oder auf öffentlich zugänglichen Quellen Dritter und spiegeln den Informationsstand zum Zeitpunkt der Erstellung der unten angegebenen Präsentation wider. Nachträglich eintretende Änderungen können in diesem Dokument nicht berücksichtigt werden. Angaben können sich durch Zeitablauf und/oder infolge gesetzlicher, politischer, wirtschaftlicher oder anderer Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, auf solche Änderungen hinzuweisen und/oder eine aktualisierte Information zu erstellen. Frühere Wertentwicklungen sind kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.

Zur Erklärung verwendeter Fachbegriffe steht Ihnen auf www.berenberg.de/glossar ein Online-Glossar zur Verfügung.

Datum: 04.06.2024

Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG
Neuer Jungfernstieg 20
20354 Hamburg
Telefon +49 40 350 60-0
www.berenberg.de
info@berenberg.de